

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 02.03.2023:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 15.11.2022		
2.	Kommunales Integrationszentrum (KI): Jahresplanung 2023		
3.	Stärkungspakt NRW		
4.	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Sachstandsbericht		
5.	Senioren- und Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Sachstandsbericht		
6.	Schutzangebote für Frauen: Sachstandsinformation		
7.	Frauen- und Kinderschutzhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	53/23	einstimmig, bei 1 Enth. AfD

8.	Bericht über die Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt im Vorjahr und Planungen in diesem Jahr		
9.	Kurze Info zum Equal Care Day (Aktionstag für mehr Wertschätzung der Carearbeit); bundesweite und regionale Initiative, Ausstellung im Foyer		
10.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
11.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 02.03.2023:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
 Sitzungsende: 17:32 Uhr
 Ort der Sitzung: A 1.16
 Datum der Einladung: 16.02.2023

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsfraktion CDU

Herr Dirk Beutel
 Frau Brigitte Donie i.V.f. KTM Orefice
 Frau Monika Grünewald
 Frau Hildegard Helmes
 Herr Matthias Schmitz
 Frau Jessica Thielen

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Michaela Balansky i.V.f. KTM Gardeweg; bis 17:13 Uhr
 Herr Wolfgang Haacke
 Frau Gerlinde Neuhoff i.V.f. KTM Gödecke
 Frau Tarja Helena Palonen-Heiße
 Herr Karl-Otto Stiefelhagen i.V.f. KTM Anschütz
 Herr Erkan Zorlu bis 17:15 Uhr

Kreistagsfraktion SPD

Frau Heike Borowski ab 16:21 Uhr
 Frau Cornelia Mazur-Flöer
 Frau Katja Ruiters

Kreistagsfraktion FDP

Frau Silke Josten-Schneider

Kreistagsfraktion AfD

Herr Bernhard Schindler i.V.f. SkB Stein; bis 17:13 Uhr

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gruppe Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Aladdin Beiersdorf El-Schallah

i.V.f. SkB Diegeler-Mai

Frau Jenny Hoffmann

i.V.f. SkB Reinbold

Herr Sandro Mäurer

i.V.f. SkB Gebauer

Herr Ludwig Neuber

i.V.f. SkB Wieland

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Harald Eichner

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Markus Leimbach

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Patrick Ehmman

Schriftführer/in

Frau Nadine Klein

Entschuldigt fehlten:Kreistagsfraktion CDU

Frau Stefanie Orefice

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Manuela-Franziska Gardeweg

Frau Pauline Gödecke

Frau Lisa Anschütz

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Anna Diegeler-Mai

Frau Katharina Gebauer

Frau Safia Reinbold

Herr Wilfried Wieland

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Frau Claudia Engler

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Frau Christa Stein

Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung:

Frau Lübbert

Frau Barth

Frau Farshi

Frau Milde

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die Vorsitzende, Kreistagsmitglied (KTM) Katja Ruiters, alle Anwesenden. Dabei hieß sie insbesondere Frau Lübbert und Frau Barth vom Kreissozialamt willkommen, die den krankheitsbedingt verhinderten Herrn Grünhage vertreten werden. Zudem seien Frau Farshi, die stellvertretende Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums sowie die Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises, Frau Milde, zugegen, um in der Sitzung über ihre Arbeit zu berichten.

Hiernach verwies sie auf die Einladung vom 16.02.2023 und stellte fest, dass diese form- und fristgerecht erfolgt sei. Zur Sitzung liege überdies eine Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt 3 „Stärkungspakt“ vor, die den Ausschussmitgliedern auch in digitaler Form zur Verfügung gestellt worden sei.

Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wurde der neue SkB Mäurerer verpflichtet, indem er den folgenden Verpflichtungstext nachsprach und den dazugehörigen Vordruck ausfüllte:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetzte beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

1	Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 15.11.2022	
---	--	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen, sodass die Niederschrift damit als anerkannt gilt.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2	Kommunales Integrationszentrum (KI): Jahresplanung 2023	

Vor Einstieg in die geplante Präsentation (Anlage 1) begrüßte die Vorsitzende Frau Farshi, die stellvertretende Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums (KI), die nachfolgend das Jahresprogramm 2023 vorstellen wird.

Eingangs erklärte Frau Farshi, ihr Vortrag beinhalte Maßnahmen, dessen Arbeitsschwerpunkte von Seiten des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB NRW) sowie des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGF NRW) genehmigt worden seien. Diese umfassen die Handlungsfelder „Bildung“, „Querschnitt“ und das „Kommunale Integrationsmanagement (KIM)“.

Die zentrale Aufgabe des KI bestehe darin, am Integrationsprozess beteiligte Akteure zusammenzubringen, vorhandene Strukturen und Kompetenzen zu bündeln und Doppelstrukturen zu vermeiden. Dabei agiere das KI als Anlaufstelle für alle Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Eine Kernaufgabe sei die Abwicklung von Förderprogrammen, auf die sie im Folgenden näher eingehen werde.

Unter Verweis auf die Präsentation stellte Frau Farshi zunächst die Maßnahmen „Rucksack Kita“, „Rucksack Schule“ und „Griffbereit“ aus dem Bildungsbereich vor. Die Eltern- und Sprachbildungsprogramme werden in diesem Jahr in 9 Kitas und 2 Schulen mit 13 Gruppen aufgrund ihres Erfolgs fortgeführt. Zudem seien für 2023 fünf Qualifizierungen und Austauschsituationen für Elternbegleitende sowie die Implementierung der Programme „Rucksack Kita“ und „Griffbereit“ in drei weiteren Kitas geplant. Beim Förderprogramm „Ferienintensivtraining (Fit) in Deutsch“ handle es sich um ein neues Programm, welches noch bekannt gemacht und installiert werden müsse.

Um die Ausbildung der für die Maßnahmen benötigten Sprachbegleitenden sicherzustellen, habe das KI bereits Kontakt zu den Universitäten aufgenommen. In 2023 seien 1-2 Schulungen geplant.

Eine Vorstellung der KI-Angebote erfolge meist im Rahmen von Veranstaltungen, Schulungen und Arbeitskreisen, aber auch in Schulen und Schülern. Darüber hinaus kooperiere das KI eng mit der Schulpsychologischen Beratungsstelle und der unteren Schulaufsichtsbehörde, sodass eine Teil-

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

nahme an Schulleitungsbesprechungen ebenfalls ermöglicht werde.

Frau Farshi fuhr mit dem Konzept „frühkindliche Bildung MuKi-S (Multilinguale Kindergartenkinder mit Sprachauffälligkeiten)“ fort, welches auch im Bereich „KIM“ umgesetzt werde. Hier seien Online-Seminare mit dem Themenschwerpunkt „mehrsprachiges Aufwachsen“ für Kita-Fachkräfte geplant. Zudem werde das bereits in Troisdorf angebotene „Heidelberger Elterntraining zur Sprachförderung“ in diesem Jahr auch in Siegburg und Eitorf offeriert.

Ein weiteres, neues Angebot stelle das Programm „Grundschulbildung stärken durch Herkunftssprachlichen Unterricht“ mit dem sog. „Bücherkoffer“ dar, welches in enger Kooperation mit der Unteren Schulaufsicht durchgeführt werde. Dieses ist bereits an 3 Grundschulen im Rhein-Sieg-Kreis installiert worden. In jedem Schuljahr führt die für das Programm zuständige Lehrkraft an einer Schule eine Lehrkraftschulung, eine Vorlesezeremonie für die Kinder, Vorleseworkshops für die Eltern und eine Abschlusszeremonie für die Kinder durch.

Die „Mediathek“ des KI biete eine Vielfalt an Ausleihmaterialien, die nicht nur Schulen, sondern auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern offenstehe.

Nennenswert sei außerdem das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, an dem aktuell 34 Schulen beteiligt seien. Für 2023 seien 4-5 Titelverleihungen geplant. Ferner soll die Peer-Ausbildung mit dem Kooperationsverein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ an vier weiteren Schulen durchgeführt werden.

Frau Farshi ging dann über zum Querschnittsbereich. Ein Baustein stelle die „Interkulturelle Öffnung“ dar, welche sich mit der Sensibilisierung für interkulturelle Zusammenhänge und der Förderung von interkulturellen Kompetenzen in Verwaltungen, Institutionen und Organisationen im Rhein-Sieg-Kreis befasse. Seit 2018 sei der Rhein-Sieg-Kreis Partner der Landesinitiative „Erfolgsfaktor Interkulturelle Öffnung – NRW stärkt Vielfalt“, in dessen Rahmen u.a. interkulturelle Trainings für Nachwuchsführungskräfte und Auszubildende durchgeführt werden. Die erste Schulung für Nachwuchsführungskräfte habe am 01.02.2023 stattgefunden; 3 Weitere folgen.

Darüber hinaus seien im Rahmen der internationalen Woche gegen Rassismus im März diverse Veranstaltungen und Aktionen geplant, die im späteren Verlauf von Frau Farshi aufgegriffen wurden.

Zum Siegel „Interkulturell orientiert“ erklärte sie, der Siegelverbund beste-

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

he aus dem KI und den drei Integrationsagenturen der Diakonie An Sieg und Rhein, dem Caritasverband Rhein-Sieg und der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V., die das Projekt seit 2016 umsetzen; daneben seien aktuell 11 weitere Institutionen beteiligt. Jedes Jahr finden 12 Arbeitsgemeinschaften, 2 Arbeitskreise, 1 Jurytermin und 1 Siegelverleihung statt.

Ein weiterer wichtiger Baustein stelle die Antidiskriminierungsarbeit dar. Im Rahmen der diesjährigen internationalen Wochen gegen Rassismus eröffne Landrat Schuster zusammen mit dem Präsidenten des Kreissportbundes Rhein-Sieg e.V., Wolfgang Müller, am 28.03.2023 im Foyer des Kreishauses die Ausstellung „Pink gegen Rassismus“. Diese werde durch Vorträge rund um das Thema „Rassismus“ begleitet.

Frau Farshi informierte darüber, dass der Integrationspreis in diesem Jahr unter dem Motto „Ankommen im Rhein-Sieg-Kreis – Unterstützung neuer Zuwanderer und Geflüchteter“ im April 2023 ausgeschrieben werde. Die Verleihung sei im Rahmen der bundesweiten interkulturellen Woche im September geplant.

Hiernach nahm sie Bezug auf das bekannte Förderprogramm „KOMM-AN NRW“, welches auf die Stärkung des Ehrenamtes abziele.

Aufgrund der Fülle an Fördermöglichkeiten sei im Herbst die jährliche wiederkehrende Onlineveranstaltung geplant, in der die Förderprogramme, rechtliche Änderungen sowie die Abwicklung anhand der Onlineformulare des Rhein-Sieg-Kreises vorgestellt und die ehrenamtlichen Institutionen bei der Antragstellung begleitet werden. Ferner organisiere das KI gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern im Bereich Ehrenamt Fortbildungen zu den unterschiedlichsten Themen (z.B. Asylrecht, Arbeitsmarkt, Umgang mit Diskriminierung).

Darüber hinaus finde zweimal im Jahr ein Netzwerktreffen ehrenamtlicher Sprecherinnen und Sprecher statt, um den Ehrenamtlichen, Organisationen u.Ä. eine Plattform für einen gemeinsamen Austausch zu bieten.

Frau Farshi berichtete von einem neuen Angebot, welches sich der Stärkung der Integrationsarbeit von Mädchen und Frauen mit Einwanderungsgeschichte widme und in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des Rhein-Sieg-Kreises bearbeitet werde. Hierfür wurde Ende 2022 der Facharbeitskreis „Powerfrauen und Integration“ gegründet, der 2x im Jahr tagt und darüber hinaus gemeinsame Veranstaltungen plant.

Zudem arbeite das KI eng mit den Migrant*innenorganisationen (MO) zusammen.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

men. In 2023 seien 3 Arbeitskreise unter der Leitung des KIs geplant, mittels derer die Vernetzung der MO wie auch die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und Integrationsräten gefördert werden soll.

In diesem Zusammenhang wies Frau Farshi darauf hin, dass das KI über 400 Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner habe und die Integrationsarbeit von diesem großen Netzwerk lebe.

Hiernach leitete sie zu „KIM“ über und schilderte, dass das KI bis zum Jahresende die Implementierung von KIM sowie die Stellenbesetzungen erreichen möchte. Zu den einzelnen geplanten Arbeitsschritten wird auf die Folie 4 der Präsentation verwiesen.

Unter Verweis auf die Folie 5, in der die verschiedenen Landesförderprogramme gelistet seien, informierte Frau Farshi darüber, dass die Programme „Guter Lebensabend NRW“ bis Ende des Jahres und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ bis zum 30.06.2023 von Seiten des Landes auslaufen.

Die nächste Folie (6) beinhalte eine Übersicht der bestehenden Arbeitskreise. In der Regel tagen diese, so Frau Farshi weiter, 2-3x im Jahr. Lediglich die Projektgruppe „Ehrenamt“, an der Wohlfahrtsverbände beteiligt seien, treffe sich quartalsweise. Die Arbeitsgruppe „Siegelarbeit“ finde monatlich statt.

Hinsichtlich der im Jahr 2023 geplanten Veranstaltungen und interkulturellen Trainings wird auf die Folie 7 verwiesen. Das KI beteilige sich in der Zeit vom 24.09.-01.10.2023 zum 2. Mal an der bundesweiten interkulturellen Woche und koordiniere die Veranstaltungsplanung.

Im Rahmen des Internationalen Frauentages veranstalte das KI in Zusammenarbeit mit dem Facharbeitskreis „Powerfrauen und Integration“ folgende Termine:

- Frauentag als Frauenabend am 08.03.2023
- Achtsamkeitstraining (online) am 09.03.2023
- Malworkshop am 10.03.2023

Die Siegelverleihung am 26.10.2023 trage das Schwerpunktthema „Rassismuskritik“.

Der Abend des Ehrenamtes werde am 04.05.2023 im katholisch-sozialen Institut in Siegburg stattfinden; die Veranstaltung werde über KOMM-AN-Mittel finanziert.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Farshi äußerte, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde sie nicht weiter auf die Termine eingehen. Bei Interesse können dem Integrationsportal des KI sowie dem Newsletter nähere Informationen entnommen werden.

Im Anschluss an den Vortrag bedankte sich die Vorsitzende im Namen des Ausschusses für den ausführlichen Bericht und das Engagement in der Sache. Sie beeindruckte die Vielfalt der Integrationsarbeit. Hiernach gab sie den Anwesenden die Gelegenheit, Fragen an Frau Farshi zu richten.

SkB Eichner bedankte sich für die Vorstellung des Jahresprogramms und erkundigte sich in Bezug auf das Programm „Schule ohne Rassismus“ nach den Kriterien, nach denen das Siegel vergeben werde. Frau Farshi erklärte, bei diesem Bundesprogramm agiere das KI lediglich als Koordinierungsstelle für den Rhein-Sieg-Kreis, sodass sie den Fragenkatalog ad hoc nicht wiedergeben könne. Am Ende ihrer Präsentation sei jedoch ein QR-Code enthalten, über den man auf das Integrationsportal gelange, wo sich bei Interesse nähere Details finden lassen.

Hinsichtlich seiner nächsten Frage, wie er sich den „Bücherkoffer“ vorstellen könne, schilderte sie, hierbei handle es sich um ein Landesprogramm im Rahmen des herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU), dem sich das KI erst kürzlich angeschlossen habe. Es werde hierzu Schulungen geben. Feststehe, dass sich eine Schule im Falle der Beteiligung für ein Jahr an die Maßnahme binde.

Auf seine Nachfrage hin, was es mit dem Facharbeitskreis „Powerfrauen und Integration“ auf sich habe, entgegnete Frau Farshi, an das KI sei der Wunsch herangetragen worden, sich dieser Zielgruppe stärker zu widmen, sodass am 18.01.2023 bereits ein Auftaktgespräch stattgefunden habe. Am 08.03.23, dem Frauentag, werde das KI gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle eruieren, wie das Ganze perspektivisch aufgezo- gen werden könne.

KTM Haacke äußerte sich erfreut über die Entwicklung des KI. Angesichts des großen Netzwerkes mit seinen zahlreichen Kooperationspartnern bat er darum, dem Protokoll eine Art Organigramm beizufügen, das erkennen lasse, wer welche Aufgaben wahrnimmt. Hiernach nahm er Bezug auf die Schulungen für Nachwuchsführungskräfte und Auszubildende. Da dies nur einen kleinen Ausschnitt des Personalkörpers darstelle, interessiere ihn, ob auch Schulungen für das restliche Personal, bspw. auf Sachbearbeitungsebene, angeboten werden. Frau Farshi erklärte, um 2015/2016 sei es Stan-

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

dard gewesen, dass die Mitarbeitenden des Rhein-Sieg-Kreises geschult wurden. Das KI führe derzeit hausintern Gespräche, um die Schulungen in den Fachbereichen wiederaufleben zu lassen.

Auf seine Nachfrage hin, inwieweit sich das Thema „Ukraine“ im Alltagsgeschäft wiederfinde bzw. ob es hierfür ein gesondertes Angebot gebe, schilderte Frau Farshi, die Menschen aus der Ukraine stellten keine gesonderte Zielgruppe dar, sondern seien in allen Angeboten und damit im Alltagsgeschäft integriert, hier insb. im Bereich „KIM“ im Rahmen des Moduls 2 „Case Management“.

KTM Schmitz sprach Frau Farshi seine Anerkennung für die wertvolle, geleistete Arbeit des KI aus und bat um Weitergabe des Dankes und seiner Anerkennung an das gesamte Team. Er erkundigte sich danach, was mit dem Heidelberger Konzept gemeint sei. Frau Farshi erklärte, es handle sich hierbei um ein Bundesprogramm zur Sprachförderung in dessen Rahmen Eltern und pädagogische Fachkräfte unterstützt werden sollen. Die für die Schulungen verantwortliche Kollegin sei selbst Sprachtherapeutin. Frau Lübbert ergänzte, diese komme aus dem ehemaligen Sprachheilkindergarten des Rhein-Sieg-Kreises und sei dort bereits mit dem Heidelberger Elterntraining betraut gewesen.

Abschließend dankte die Vorsitzende Frau Farshi für die Vorstellung und die Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Organigramm des KI wird den Ausschussmitgliedern nach verwaltungsinterner Abstimmung im Nachgang zum Protokoll zugeleitet.

3

Stärkungspakt NRW

Die Vorsitzende nutzte an dieser Stelle die Gelegenheit, die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände zu begrüßen. Hiernach übergab sie Frau Lübbert das Wort.

Diese verwies eingangs auf die ausgehändigte Tischvorlage, die ausführlich über den „Stärkungspakt NRW“ informiere und den Ausschussmitgliedern bereits gestern in digitaler Form zugesandt worden sei. In diesem Zuge merkte sie an, der Verwaltung sei daran gelegen, das Thema fortlaufend in die Sitzungen einzubringen, um über die neusten Entwicklungen in der Sache zu berichten.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Im Folgenden gab sie eine kurze Einführung in das Thema „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“. Hierbei handle es sich um eine mit der Energiekrise zusammenhängende Fördermaßnahme des Landes Nordrhein-Westfalen, durch die die soziale Infrastruktur gestärkt werden solle. In den Medien sei das Hilfspaket als unbürokratisches Angebot deklariert worden, wobei sich allein die Vorarbeiten bereits äußerst aufwendig gestalteten und noch nicht abgeschlossen seien. Frau Lübbert schilderte, die diesbezüglichen Richtlinien, in denen die Fördermodalitäten (z.B. Zuwendungsempfängende, Verwendungsnachweis etc.) geregelt seien, würden lediglich einen groben Rahmen festlegen und gleichzeitig zahlreiche Fragen aufwerfen, die noch mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) geklärt werden müssten. Feststehe, dass die dort enthaltenen Fristen zeitlich eng getaktet seien und Zuwendungsempfängenden eine Verzinsung drohe, wenn nicht verausgabte Mittel nicht fristgerecht zurückgezahlt werden.

Ferner seien in den Unterlagen beispielhaft Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (z.B. Schuldnerberatungsstellen, Tafeln, Sozialkaufhäuser etc.) benannt, die angesichts des Ausschlusskriteriums der Doppelförderung mit Vorsicht zu genießen seien. Hierzu zählen bspw. die Tafeln, die durch ein eigenes Bundesprogramm gefördert werden. Frau Lübbert wies ferner darauf hin, dass eine Übernahme von Personalausgaben ausgeschlossen sei, wohingegen Honorarausgaben für zusätzliches Personal förderfähig seien. Neben der Bezuschussung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur seien zudem Einzelfallhilfen zur Vermeidung besonderer Härten möglich, soweit keine vorrangigen Leistungsansprüche vorliegen. Da aus den Richtlinien und den dazugehörigen FAQs nicht eindeutig hervorgehe, ob Leistungsbeziehende nach dem SGB II oder SGB XII durch diese Regelung per se ausgeschlossen seien, habe die Verwaltung zur Klärung Kontakt mit dem MAGS aufgenommen.

Als Nächstes berichtete Frau Lübbert über das geplante weitere Vorgehen. Aufgrund der unklaren Sachlage habe sich das Kreissozialamt dazu entschlossen, die Hauptakteure frühzeitig in den Prozess einzubinden. In der Folge habe am 17.02.2023 ein Treffen mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Kath. Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. (SKM) und dem Sozialdienst kath. Frauen e.V. (SkF) stattgefunden, um sich allgemein über die Möglichkeiten des Förderprogrammes auszutauschen, ein gemeinsames Verständnis aufzubauen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Zurzeit laufe eine Bedarfsabfrage in den Verbänden bzw. Vereinen. Hiervon erhoffen sich die Beteiligten neben förderfähigen Positionen eine etwaige

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

finanzielle Größenordnung in Erfahrung zu bringen. Das aktuelle Stimmungsbild lasse erkennen, dass sowohl die Wohlfahrtsverbände als auch die Kommunen besorgt seien, die Fördermittel angesichts des bestehenden Zeitdrucks und der noch ungeklärten Sachlage nicht rechtzeitig bzw. vollumfänglich ausschöpfen zu können. Um dies und mögliche Rückzahlungen aufgrund von Doppelförderungen zu verhindern, stehe die Kreisverwaltung auch in engem Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen.

Unter Verweis auf die Vorlage informierte Frau Lübbert darüber, dass der Stärkungspakt in Gestalt des sog. „Drei-Säulen-Modells“ umgesetzt werden könnte. Näheres könne in der Vorlage nachgelesen werden.

Abschließend hielt sie fest, dass dem Rhein-Sieg-Kreis sowie den kreisangehörigen Kommunen mit den bereitgestellten Mitteln in Höhe von insgesamt rund 3,3 Mio. Euro grundsätzlich gut geholfen wäre, sich die Umsetzung des Ganzen hingegen schwierig gestalte und hoher Abstimmungsbedarf bestehe. Die Verwaltung werde über den Fortgang der Angelegenheit in den nächsten Ausschusssitzungen berichten.

Nachdem die Vorsitzende der Verwaltung ihren Dank für die bisherigen Bemühungen in der Sache aussprach, übergab sie SkE Ehmann das Wort. Dieser äußerte, dass die Wohlfahrtsverbände dankbar seien, so früh in den Prozess eingebunden worden zu sein. Aus der Praxis berichtete er, dass bspw. im Bereich der „Allgemeinen Sozialberatung“ ein deutlich erhöhtes Beratungsaufkommen zu verzeichnen sei, was in Zusammenhang mit der Energiekrise stehe. Eine Personalkostenförderung wäre hier sicherlich zielführender gewesen. Vor diesem Hintergrund appellierte er an die Verwaltung, nochmals Kontakt zur Landesregierung aufzunehmen und auf eine Überarbeitung der Richtlinien hinzuwirken, um eine zielführende, praktikablere Umsetzung herbeizuführen.

Als Nächstes dankte KTM Mazur-Flöer Frau Lübbert für die informativen Ausführungen. Es sei schade, dass auf Landesebene keine klaren Rahmenbedingungen geschaffen worden seien und das Hilfspaket daher mit unnötigen Schwierigkeiten verbunden sei. Zudem laufe die Verwaltung Gefahr, den schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen, wenn die Mittel aus den bekannten Gründen nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden konnten. Deshalb werde sie das Thema auch in der politischen Arbeit in Königswinter einbringen, in der Hoffnung damit etwas zu bewirken.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4	Sozial- und Gesundheitsplanung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Sachstandsbericht	

Frau Lübbert verwies eingangs auf die Verwaltungsvorlage, die bereits ausführlich über den aktuellen Sachstand informiere.

Sie schilderte, dass sich die Umsetzung und die Weiterarbeit mit den Daten der Sozial- und Gesundheitsplanung nicht optimal gestalten. Dies liege mitunter daran, dass sich die Kommunen regelmäßig neuen Herausforderungen, wie z.B. aktuell dem Ukrainekrieg und der damit verbundenen Energiekrise, stellen müssten, was insbesondere für die kleineren Gemeinden, deren personelle Ressourcen ohnehin knapp seien, schwierig sei.

Das Kreissozialamt stehe in regem Austausch mit den vier Kommunen, in deren Quartiersprofilen besondere Aufmerksamkeitsbedarfe bestehen. Dabei werde an der Entwicklung von Zielgruppen und Maßnahmen gearbeitet. Hierzu seien auch Einzelworkshops geplant.

Hinsichtlich der seitens der Politik gewünschten Datenplattform, mittels derer ein vereinfachter, unterjähriger Datenabruf möglich werden solle, teilte sie mit, dass die hierfür ursprünglich vorgesehene Landesförderung leider nicht zustande gekommen sei, da die für den Baustein eingeplanten Fördermittel aus dem Programm „Zusammen im Quartier“ bereits in 2022 ausgeschöpft und eine Antragstellung für 2023 nicht mehr möglich gewesen sei. Bspw. habe eine Anforderung in der Einbeziehung technischer Bereiche bestanden, in deren Rahmen Gespräche mit dem Umwelt- und dem Katasteramt geführt worden seien. Diese seien zwar aufschlussreich, im Ergebnis jedoch noch nicht zielführend gewesen, dass ein Förderantrag hätte gestellt werden können. Hausintern werde daher derzeit nach einer Lösung gesucht, die Datenplattform doch noch zu beschaffen.

Als Nächstes nahm sie Bezug auf die „abgeschottete Statistikstelle“. Die Verwaltung sei zurzeit damit befasst ein Konzept zu den Möglichkeiten der Umsetzung zu erstellen. Frau Lübbert schilderte, dass eine Überlegung darin bestehe, sich hierfür eine seit längerer Zeit bei der Wirtschaftsförderung unbesetzte und ursprünglich für den Bereich „Statistik“ vorgesehene Stelle zu Nutze zu machen. Zu bedenken sei auch die Möglichkeit einer abgeschotteten Statistikstelle, um den mit der Digitalisierung einhergehenden, erhöhten Anforderungen Rechnung zu tragen und die Kommunen besser unterstützen zu können. Perspektivisch könne der Rhein-Sieg-Kreis hier als Dienstleister für die Kommunen agieren.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Hiernach meldete sich KTM Schmitz zu Wort, der Frau Lübbert für die informative Berichterstattung dankte. Ihn erfreue insbesondere die positive Entwicklung hinsichtlich der angestrebten „abgeschotteten Statistikstelle“, da die Quartiersarbeit in den Kommunen hierdurch vorangetrieben werden könne. Ebenso sei er auf die neusten Entwicklungen in Sachen „Datenplattform“ gespannt. In diesem Zuge bat er die Verwaltung, den Ausschuss fortlaufend über die neuen Sachstände zu informieren.

KTM Haacke schloss sich seinem Vorredner an. Es sei erfreulich, dass das Thema „Daten für Taten“ mit Leben gefüllt werde und die bisherigen, kommunalen Anstrengungen auf diese Weise ergänzt werden. Im Hinblick auf die „abgeschottete Statistikstelle“ äußerte er, zwar seien ihm die personellen Schwierigkeiten durchaus bewusst; dennoch würde er es begrüßen, wenn die hierfür in Betracht gezogene Stelle zeitnah besetzt werden könnte. Abschließend dankte er der Verwaltung für die bisherigen Bemühungen in der Sache.

Auf die Frage vom SkB Eichner, wie die Landesmittel für die „Datenplattform“ bereits Ende des 3. Quartals 2022 ausgeschöpft sein konnten, erwiderte Frau Lübbert, dass sich das Land hier schlicht und ergreifend verkalculiert und die Zahl der Förderanträge unterschätzt habe. Anschließend erkundigte er sich danach, ob es offensichtliche Gründe dafür gebe, weshalb sich nur 9 von 13 Kommunen auf die Bedarfsabfrage zu einer „abgeschotteten Statistikstelle“ zurückgemeldet hätten. Frau Lübbert negierte dies und stellte gleichzeitig klar, dass die Rückmeldequote einen guten Querschnitt abbilde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

5	Senioren- und Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis; hier: Sachstandsbericht	
---	---	--

Unter Verweis auf die Vorlage informierte Frau Lübbert darüber, dass nunmehr alle kreisangehörigen Kommunen der Umsetzung des Konzeptes zugestimmt hätten. Zwischen den Gemeinden Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichterorth sei eine Kooperation zustande gekommen, in deren Rahmen Neunkirchen-Seelscheid die Senioren- und Pflegeberatung für Ruppichterorth übernehme. So werde auch der durch die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid organisierte Senioren- und Pflege tag auf Ruppichterorth ausgeweitet.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Die Kommunen Swisttal und Wachtberg werden ebenfalls kooperieren; hier übernehme Swisttal die Beratung. Die Stellenausschreibung werde derzeit vorbereitet.

Sie berichtete weiter, dass Fortbildungen durchgeführt und von den Kommunen sehr gut angenommen worden seien. In dieser Woche habe z.B. eine Informationsveranstaltung zum Thema „Palliativversorgung“ stattgefunden, in der die Pflegeberaterinnen und Pflegeberater die Möglichkeit hatten, sich mit einer Vertreterin des Netzwerks auszutauschen. Die Gemeinde Swisttal sei in den Online-Treffen zurzeit mit dem seit vielen Jahren ehrenamtlich engagierten Seniorenberater vertreten. Auch hätten zwei 2-tägige hausinterne Fortbildungen u.a. zu Beratungskompetenzen stattgefunden, die ebenfalls gut besucht gewesen seien.

Als Nächstes informierte Frau Lübbert darüber, dass im Rahmen der „Qualitätssicherung“ ein Controlling der Beratungsvorgänge geschaffen und das hierfür verwendete Statistiktool erneuert worden sei. Hierdurch solle eine verbesserte Wirksamkeitsprüfung der Senioren- und Pflegeberatung sichergestellt werden. Das Statistiktool ermögliche eine automatische Auszählung der Beratungsvorgänge, sodass dies nicht mehr durch die Pflegeberaterinnen und Pflegeberater erfolgen müsse. Nachdem bereits ein erster Durchlauf gestartet worden sei, werde nun geprüft, wo Optimierungsbedarfe bestehen. Abschließend hielt Frau Lübbert fest, dass sich die Umsetzung der künftigen Senioren- und Pflegeberatung nach ihrem Eindruck auf einem guten Weg befinde.

KTM Schmitz äußerte, ihn erfreue insbesondere, dass zwischenzeitlich eine Lösung für die verbliebenen Kommunen gefunden und Synergien gehoben werden konnten. Er bat darum, den Ausschuss weiterhin über die neusten Entwicklungen in der Sache zu unterrichten. Dabei interessiere ihn insbesondere das Thema „Qualitätssicherung“; darunter Aspekte wie z.B. ein Maßnahmenkatalog, die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, etwaige Optimierungsbedarfe, die Vernetzung innerhalb der jeweiligen Kommunen, die Übernahme von best-practice-Beispielen etc..

KTM Haacke schloss sich seinem Vorredner an und ergänzte, für das Thema „Senioren- und Pflegeberatung“ seien seinerzeit beträchtliche Summen bereitgestellt worden, um das Ganze zielgerichteter und effizienter zu gestalten. Er habe den Eindruck, dass mit den ersten einheitlichen Standards nun auch die ersten Erfolge sichtbar werden. Ferner erfreue ihn, dass das

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Thema auch nachhaltig angelegt werde, indem bspw. Audits sowie regelmäßige Retrospektiven stattfinden. Insofern schloss er sich der Bitte um fortlaufende Berichterstattung an und sprach Frau Lübbert abschließend seinen Dank für die bisherigen Bemühungen in der Sache aus.

6	Schutzangebote für Frauen: Sachstandsinformation	
---	--	--

Frau Barth wies eingangs darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage an der letzten Ausschusssitzung anknüpfe, in der einige Fragen rund um das Thema „Schutzangebote für Frauen“ offengeblieben seien. Hiernach stand sie für Rückfragen zur Verfügung.

KTM Mazur-Flöer bedankte sich für die ausführliche und nachvollziehbare Vorlage. Es sei misslich, dass es hinsichtlich der Belegungsstatistik noch keine einheitlichen Kriterien gebe. Ihrer Ansicht nach ließen alleine die Ablehnungen wegen belegter Plätze (Frauenhaus Troisdorf: 132; Frauenhaus RSK: 68), selbst wenn sich unter den rund 200 Anfragen einige Dopplungen befinden, auf einen beträchtlichen Bedarf schließen. Insofern sei es wichtig, dies als Ergebnis dieser Vorlage festzuhalten und im Ausschuss weiter zu behandeln.

Frau Barth wies in Bezug auf die uneinheitlichen Standards darauf hin, dass eine Vereinheitlichung zwar angestrebt werde, da das Frauenhaus Troisdorf jedoch autonom sei, könne sie diesem nicht vorschreiben, nach welchen Kriterien zu verfahren sei.

Im Hinblick auf etwaige Dopplungen erklärte sie, zwar sei die Wahrscheinlichkeit hierfür relativ hoch, eine konkrete Zahl lasse sich aus den bekannten Gründen jedoch nicht feststellen. Insofern sehe sie es kritisch, aus den vorliegenden Zahlen einen konkreten Bedarf abzuleiten.

Auf die Anregung des SkB Eichner hin, die statistischen Probleme zu beheben, indem die Statistik nochmals differenzierter gestaltet werde, entgegnete Frau Barth, um Doppelzählungen zu vermeiden, müssten alle Frauenhäuser einen Identitätsabgleich aller Anruferinnen durchführen. Dies sei datenschutzrechtlich unzulässig. Ferner gab sie zu bedenken, dass sich die Anruferinnen oftmals in akuten Stresssituationen befinden, würden, sodass in den telefonischen Erstkontakten nur die nötigsten Fakten erfragt würden. Insofern bleibe kein Raum für rein statistische Abfragen.

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Als Nächstes meldete sich SkE Ehmann zu Wort und äußerte, er könne die statistischen Schwierigkeiten nachvollziehen, frage sich jedoch, wie man einen etwaigen erhöhten Bedarf feststellen könne, wenn es hierfür keinerlei Grundlage gebe. Ferner nahm er Bezug auf die Absagen wegen fehlender, passender Zimmer und gab zu bedenken, ob das Angebot des kreiseigenen Frauenhauses ggfs. angepasst werden könnte.

Frau Barth erklärte, eine Absage wegen fehlendem, passendem Zimmer erfolge bspw. dann, wenn eine Frau mit Kindern untergebracht werden müsse, aber nur ein Einzel- anstelle eines Familienzimmers frei wäre. Dies liege an den baulichen Gegebenheiten des kreiseigenen Frauenhauses. Das Frauenhaus Troisdorf verfüge über eine moderne Anlage, die speziell für die Bedürfnisse des Frauenhauses gebaut wurde. Die Möglichkeiten des kreiseigenen Frauenhauses seien hier eingeschränkter.

Hinsichtlich seiner ersten Frage führte Frau Barth aus, in der Tat sei eine objektive Erhebung eines etwaigen, erhöhten Bedarfes schwierig. Im Grunde stelle die Istanbul-Konvention das einzige zur Verfügung stehende Instrument für eine etwaige Richtschnur dar. Dabei sei jedoch zu beachten, dass diese auf die Bundesebene abziele und der Bund wegen der konkurrierenden Gesetzgebung wiederum die Länder in die Pflicht nehme. Eine Verpflichtung des Rhein-Sieg-Kreises zur Erfüllung einer bestimmten Quote sei hieraus nicht erkennbar.

Die Vorsitzende äußerte, ihr sei von beiden Frauenhäusern zugetragen worden, dass viele Frauen abgewiesen werden müssten. Insofern sei, ihrer Ansicht nach, von einem erhöhten Bedarf auszugehen. Da sie sich um die Schwierigkeit einer umfangreichen, statistischen Abfrage bewusst sei, regte sie in Bezug auf mögliche Doppelanfragen an, eine vereinfachte Strichliste zu führen, die zumindest festhalte, ob sich eine Frau bereits anderweitig um einen Platz bemüht habe.

Abschließend hielt sie fest, über die finanzielle Verantwortlichkeit lasse sich streiten, wobei die Bundesregierung sich ausdrücklich auf die Istanbul-Konvention beziehe. Unstrittig seien ihrer Ansicht nach hingegen die vorliegenden Zahlen, sodass hier Handlungsbedarf bestehe.

7	Frauen- und Kinderschutzhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	
---	---	--

Frau Barth informierte darüber, dass die Entgelte, die das Kreissozialamt im

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Rahmen der Kostenerstattung von anderen Trägern erstattet bekomme, neu kalkuliert worden seien. Im Wesentlichen beruhen die neuen Sätze auf den mit der neuen Hauswirtschaftskraft verbundenen Personalkosten und anderen Kostensteigerungen.

Hinsichtlich der Nachfrage des KTM Haacke, wie hoch der Anteil der Selbstzahler sei, wies Frau Barth zunächst darauf hin, dass es sich bei den Selbstzahlern in der Regel um Frauen handle, die kleine Anteile aus überschüssigem Einkommen einsetzen. Diese machen schätzungsweise einen Anteil von 5% aus. Eine 100-prozentige Selbstbeteiligung stelle den absoluten Ausnahmefall dar.

SkE Ehmann erkundigte sich anschließend danach, inwiefern die Tagessätze des kreiseigenen Frauenhauses mit den Sätzen des Frauenhauses Troisdorf vergleichbar seien. Frau Barth erklärte, dass bei der Berechnung der Tagessätze die gleiche Kalkulationsmatrix verwendet worden sei. Die Höhe der einzelnen Kostenpositionen variere jedoch. Dass die Sätze des kreiseigenen Frauenhauses höher ausfallen, liege insbesondere daran, dass das Frauenhaus Troisdorf eine Landesförderung erhalte, die dem Kreis nicht zustehe.

Die Vorsitzende fragte nach der aktuellen Belegungsquote. Frau Barth bot an, dies im Rahmen des Protokolls nachzuliefern.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises bietet Platz für 10 Frauen und 15 Kinder. Zum Stichtag 02.03.2023 war das Haus mit 7 Frauen und 13 Kindern belegt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende anschließend nach Vorlage abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.
53/23

Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

„Entgeltordnung für das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises

1.

Für die Unterbringung im Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises sind ab dem

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

01.03.2023 folgende Tagessätze zu entrichten:**Tagesmietsatz: 22,79 € pro Person pro Tag****Tagessatz für psychosoziale Betreuung: 67,44 € pro Person pro Tag****Tagessatz für Kinderbetreuung 67,44 € pro Person pro Tag****2.****Bei der Berechnung der zu zahlenden Entgelte ist der Einzugsstag zu berücksichtigen, für den Auszugstag ist kein Entgelt zu zahlen.****Das Entgelt ist grundsätzlich vom Tag des Einzugs an zu entrichten. Sofern eine Bewohnerin nur für die Dauer von bis zu drei abrechnungsfähigen Tagen allein oder mit Kind/-ern im Frauenhaus war und keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII in Anspruch genommen hat, wird auf das Entgelt für diese Zeit verzichtet.****3.****Diese Entgeltordnung tritt rückwirkend zum 01.03.2023 in Kraft.****Die Entgeltordnung in der Fassung vom 01.08.2022 tritt hiermit außer Kraft und wird durch diese Regelung ersetzt.“****Abst.- einstimmig, bei 1 Enth. AfD****Erg.:**

8	Bericht über die Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt im Vorjahr und Planungen in diesem Jahr	
---	---	--

Eingangs begrüßte die Vorsitzende Frau Milde, die als Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises nachfolgend über die Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt (nachfolgend: Runder Tisch) aus dem Vorjahr berichten und einen Ausblick auf die diesjährigen Planungen geben werde.

Hiernach dankte Frau Milde den Anwesenden für die Gelegenheit, ihre Arbeit auch im hiesigen Ausschuss vorstellen zu dürfen, da die Gleichstellung seit der neuen Wahlperiode grundsätzlich beim Personalausschuss angesiedelt sei. Dies sei auf die gesetzlichen Aufgaben nach dem Landesgleichstellungsgesetz zurückzuführen, die sich im Wesentlichen auf Personalmaßnahmen beziehen. Gleichwohl nehme die Gleichstellung ergänzend

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

andere Aufgaben wie die Koordinierung des Runden Tisches wahr, die thematisch in den hiesigen Ausschuss gehören.

Im Folgenden berichtete sie über die Arbeit des Runden Tisches. Bei diesem handle es sich um ein großes institutionelles Netzwerk, welches sich quartalsweise zu themenspezifischen Sitzungen zusammenfinde. Das nächste Treffen mit rund 50 Teilnehmenden finde am Montag statt. Darüber hinaus werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig größere Aktionen und Fachtagungen organisiert. Im vergangenen Jahr feierte der Runde Tisch sein 20-jähriges Jubiläum, welches mit dem Fachtag „Kinder und Jugendliche im Fokus“ verknüpft worden sei. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die ausgehändigte Broschüre, in der sämtliche Informationen zum Fachtag zusammengetragen worden seien. Mit über 100 Teilnehmenden konnte das Jubiläum gebührend gewürdigt werden, was durch die Landesförderung und die gute Arbeit des Organisationsteams ermöglicht worden sei.

Hinzukommend seien im letzten Jahr zahlreiche Fachveranstaltungen für die unterschiedlichsten Zielgruppen angeboten worden. Dabei standen u. a. Kitas im Fokus. Beispielhaft berichtete sie von einem Workshop in einer Kita in Windeck, dem über 30 Personen beiwohnten. Die Teilnehmenden sollen im Workshop die notwendigen Kompetenzen vermittelt bekommen, um in einem Fall von häuslicher Gewalt ein erstes Gespräch mit einer Hilfesuchenden Frau führen zu können.

Ferner seien Schulungen und Trainings für die Polizei angeboten worden, die sich z.B. mit der Ansprache in der Akutsituation befassten. Daneben seien Fachkräfteschulungen für die pädagogischen Fachkräfte aus Schulen und Jugendzentren durchgeführt worden. Frau Milde betonte, aufgrund der hohen Fluktuation müssten Fachkräfte regelmäßig aufs Neue für das Thema sensibilisiert werden.

Als Nächstes nahm sie Bezug auf die Präventionsarbeit, die in enger Zusammenarbeit mit den Frauenberatungsstellen stattfindet. Beispielhaft nannte sie die Projekte „NEIN heißt NEIN“, „Liebe ist...“, „Wen do“, „KO-Tropfen“ und „Liebe tut nicht weh“, die sich u.a. mit den Themen Grenzüberschreitung, partnerschaftliche Gewalt etc. befassen. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Aktion „Orange Bank gegen Gewalt“ hin, über die bereits ausführlich im Ausschuss berichtet worden sei. Mittlerweile stünden knapp 50 solcher Bänke im Kreisgebiet. Mit Freude berichtete

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

sie davon, dass die Aktion deutschlandweit Schule macht und auch hier in der Region fortgeführt werde. Darüber hinaus habe im letzten Jahr im Rahmen des Tages gegen Gewalt an Frauen eine Plakataktion in den Bussen und Bahnen der RSVG, der RVK und der S66 stattgefunden. Ihren Ursprung habe die Aktion in Südtirol. Optisch erinnere das Plakat an einen handgeschriebenen Zettel. Hiermit sollte die Aufmerksamkeit der Reisenden gewonnen und für das Thema „häusliche Gewalt“ sensibilisiert werden.

Frau Milde schilderte, zwar sei im vergangenen Jahr viel getan und erreicht worden, aufgrund der Komplexität des Themas und der zahlreichen Akteure reiße die Arbeit des Runden Tisches jedoch nicht ab. In diesem Zuge leitete sie zu den diesjährigen Planungen über.

Im November sei am „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ eine Fotoausstellung „Die Wut ist weiblich“ im Kreishaus geplant, die anschließend nach Bad Honnef und Alfter wandern werde. Dies soll durch die Lesung aus dem Buch von Boris von Heesen „Was Männer kosten“ flankiert werden.

Des Weiteren werden in diesem Jahr weiterhin Aktionstage, Fachkräfte-schulungen u. ä. stattfinden. Diesmal stehe die Justiz im Fokus, da es sich hierbei um eine für Vernetzungs- und Schulungsangebote schwer zu erreichende Zielgruppe handle. Hier seien nun entsprechende Kontakte geknüpft worden. Ein Schwerpunkt solle auf dem Grundsatz „Kinderschutz vor Umgangsrecht“ liegen, da dieser Aspekt weiterhin schwierig sei. Frau Milde zeigte sich hoffnungsvoll und schloss ihren Vortrag damit ab, dass sie dem Ausschuss auch weiterhin gerne zur Verfügung stehe.

Die Vorsitzende sprach Frau Milde im Namen aller Anwesenden ihren Dank für ihren Einsatz aus. Es sei bewundernswert, wie sie für die Sache brenne und durch Aktionen wie die „Orange Bank“ oder die „Plakataktion“ die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiere.

9	Kurze Info zum Equal Care Day (Aktionstag für mehr Wertschätzung der Carearbeit); bundesweite und regionale Initiative, Ausstellung im Foyer	
---	--	--

Frau Milde berichtete, der sich gestern ereignete „Equal Care Day“ stelle einen Aktionstag für mehr Wertschätzung sowie eine faire Verteilung der

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sorgearbeit dar. Sie erklärte, dass „Carearbeit“ ein weit zu fassender Begriff sei, der sich nur schwer in Deutsche übersetzen lasse.

Sie zitierte anschließend aus dem neuen Buch von Dr. Birgit Happel „Auf Kosten der Mütter“:

„Ohne die Übernahme von Carearbeit, ist ein Leben nicht möglich. Carearbeit ist die elementare Voraussetzung und Grundlage allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns. Bevor eine Gemeinde verwaltet, eine Maschine in Betrieb genommen, ein Auto gebaut oder eine unternehmerische Entscheidung getroffen werden kann, muss zuerst der Mensch geboren, großgezogen und ausgebildet werden. Dennoch bleibt Sorgearbeit unsichtbar und wenig wertgeschätzt. So bitter es klingt, die Übernahme von Fürsorgearbeit entzieht Frauen in Deutschland immernoch Zeit, Geld und Chancen. Der Knackpunkt Sorgearbeit ist bekannt, das Wissen um die Ungleichheit und die Zahlen liegen längst auf dem Tisch. Von einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit sind wir aber noch weit entfernt.“

Hiernach wies sie auf eine Ausstellung im Foyer des Kreishauses hin, die sich an einer Wäscheleine erkennen lasse. Sie appellierte an die Anwesenden, sich diese im Anschluss an die Sitzung anzusehen und ein entsprechendes Statement abzugeben. Das Manifest dieser Kampagne werde über die Equal Care-Initiative an die Bundesregierung weitergegeben, sodass jede Unterschrift begrüßt werde. Abschließend sprach sich Frau Milde für mehr Anerkennung und die Aufwertung von Carearbeit aus, was sich in Form von neuen Arbeitszeitmodellen und gerechten Strukturen gestalten könne.

Die Vorsitzende dankte Frau Milde für ihre Vorstellung und das gezeigte Engagement in der Sache.

10

Mitteilungen und Anfragen

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Nachgang zur Sitzung informiert die Verwaltung darüber, dass die politische Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 15.11.2022 zum Thema „Berufseinstieg von Ukraine-Flüchtlings“ mit Datum vom

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

30.01.2023 beantwortet worden ist; die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Ende des öffentlichen Teils

9. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 02.03.2023		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

11	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

gez.
Katja Ruiters
 Vorsitzende

gez.
Nadine Klein
 Schriftführerin